



Deutsche Diabetes Gesellschaft

PRESSEMITTEILUNG

Neue Studie zu Erfrischungsgetränken

Die Getränkeindustrie fördert weiter Adipositas-Welle und Zivilisationskrankheiten – Umsteuern dringend erforderlich: Bad-Liebenwerda-Schorle statt Pepsi & Co

Berlin, August 2016 – Die Verbraucherschutzorganisation „foodwatch“ hat Ergebnisse einer Marktstudie veröffentlicht, wonach 60 Prozent von 463 getesteten Erfrischungsgetränken überzuckert sind. Demnach enthalten zuckergesüßte Limonaden, Schorlen & Co im Schnitt mehr als sechs Stück Würfelzucker pro 250 Milliliter. „Diese Ergebnisse sind erschreckend“, erklärt Professor Dr. med. Baptist Gallwitz, Präsident der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG). „Sie demonstrieren wieder einmal auf deutliche Weise, dass die Mehrheit der Hersteller am Übergewicht verdient und Krankheitsfolgen wie Diabetes, Herzkreislauf- und Krebserkrankungen in Kauf nimmt.“ Die Fachgesellschaft fordert daher die Bundesregierung auf, dem Beispiel anderer Länder zu folgen und eine Steuer oder Herstellerabgabe auf stark zuckerhaltige Getränke einzuführen.

Foodwatch hatte alle Erfrischungsgetränke auf Zuckergehalt und Süßstoffe getestet, die in den drei größten deutschen Supermärkten angeboten werden – darunter Limonaden, Energydrinks, Saftschorlen, Brausen, Eistees, Fruchtsaft und sogenannte Near-Water-Getränke. Dabei gilt in der Foodwatch-Untersuchung als „überzuckert“, was einen Anteil von mehr als fünf Prozent Zucker je 100 Milliliter Flüssigkeit aufweist. Dieser Wert bemisst sich an der jüngst beschlossenen Softdrink-Steuer in Großbritannien. Dort müssen Hersteller ab 2018 eine gestaffelte Abgabe zahlen, sofern Getränke diese Fünf-Prozent-Grenze erreichen beziehungsweise überschreiten.

Großbritannien ist nicht das einzige Land, das Maßnahmen erlässt, um den Verbrauch von Zuckergetränken zu verringern. Auch Finnland, Frankreich, Belgien, China, Ungarn, Mexiko und einige US-amerikanische Städte erheben Steuern auf zugesetzten Zucker. Diese Nationen folgen der Auffassung von Margret Chan, Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wonach das bisherige Scheitern beim Kampf gegen die Übergewichts-Epidemie nicht auf individuelle Willensschwäche zurückzuführen ist, sondern auf mangelnden politischen Willen.* „Jetzt sollte endlich auch die Bundesregierung aktiv werden, um die bedrohliche Adipositas-Welle zu stoppen“, fordert Dr. Dietrich Garlichs, Geschäftsführer der DDG. „Selbst die konservative britische Regierung hat sich dazu durchgerungen, wann wird die Bundesregierung endlich folgen?“

Der Vorschlag der DDG sieht vor, stark zuckerhaltige Getränke mit dem vollen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent zu besteuern, gesunde Lebensmittel hingegen durch Wegfall der Mehrwertsteuer zu entlasten. „Damit würde man eine Preisspreizung erreichen, die gesünderes Konsumverhalten belohnt und ein Umdenken bei den Herstellern anstößt“, meint Garlichs. „Das Instrument Mehrwertsteuer wäre transparent und nachvollziehbar“, fügt der DDG Geschäftsführer hinzu. Aber auch eine Herstellerabgabe, wie Großbritannien sie einführt, sei aus Sicht der DDG eine gute Lösung, um die zunehmende Übergewichtsdynamik einzudämmen. „Ob nun Abgabe oder Steuer“, resümiert Garlichs, „konkret bezogen auf die Foodwatch-Studie sollte das Ergebnis am Ende des Tages sein: mehr von Bad Liebenwerdas leichter Apfel-Schorle, weniger Pepsi & Co.“

* „Not one single country has managed to turn around its obesity epidemic.... This is not a failure of individual will-power. This is a failure of political will to take on big business...“ (siehe www.who.int/dg/speeches/2013/health_promotion_20130610/en)

Über die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG):

Die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) ist mit fast 9.000 Mitgliedern eine der großen medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften in Deutschland. Sie unterstützt Wissenschaft und Forschung, engagiert sich in Fort- und Weiterbildung, zertifiziert Behandlungseinrichtungen und entwickelt Leitlinien. Ziel ist eine wirksamere Prävention und Behandlung der Volkskrankheit Diabetes, von der mehr als sechs Millionen Menschen in Deutschland betroffen sind. Zu diesem Zweck unternimmt sie auch umfangreiche gesundheitspolitische Aktivitäten.

Kontakt für Journalisten:

Pressestelle DDG
Kerstin Ullrich und Anna Julia Voormann
Postfach 30 11 20, 70451 Stuttgart
Tel.: 0711 8931-641/552, Fax: 0711 8931-167
ullrich@medizinkommunikation.org
voormann@medizinkommunikation.org

Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG)
Geschäftsstelle
Albrechtstraße 9, 10117 Berlin
Tel.: 030 3116937-0, Fax: 030 3116937-20
info@ddg.info
www.ddg.info